

Der Erfolg der AfD hat viele Ursachen

Landtagswahlen in Ostdeutschland: „Woidke sticht“, FR-Titel vom 23. September

Woidke hat einen Pyrrhussieg eingefahren

Das wahltaktische Verhalten von vielen bisherigen Wählern der Grünen zugunsten von Woidkes SPD ist ziemlich in die braune Hose gegangen. Denn durch das Ausscheiden der Grünen (und der Linken) verfügt die AfD jetzt im zukünftigen Vier-Parteien-Parlament – wie in Thüringen – über eine Sperrminorität. Somit ist Woidkes Erfolg zu einem Pyrrhussieg geworden. Zumal Woidke jetzt für eine Regierungsbildung auf das putinnaher BSW angewiesen ist.

Wolfgang Lackinger, Frankfurt

Der Turbokapitalismus unterhöhlt die Demokratie

Die Landtagswahlen im Osten haben die Republik erschüttert – es wird nichts mehr so sein, wie es war! Vielerlei Erklärungsversuche für den Erfolg der Rechtskursier(t)en. Fast nirgends zu hören war aber, dass eine wesentliche Ursache hinter dem Rechtsruck in Deutschland, Europa und weltweit der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist, der seit 30 Jahren dazu geführt hat, dass die Reichsten reicher, die Masse aber zurückgeblieben oder ärmer geworden ist. Dank der FR gab es aber zuletzt doch drei Artikel zu diesem Thema, von Christoph Butterwege, Stephan Hebel und Michael Hesse (zu Tony Judt), die diesen Aspekt aufgreifen!

Butterwege sagte in seinem Gastbeitrag (vom 16.9.): Ursächlich sei die wachsende soziale Ungleichheit, unter der zwangsläufig auch die politische Gleichheit leidet. Demokratie bedeutet, dass alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen Einfluss auf die Staatsführung nehmen können.

Doch in Wahrheit haben Reiche und Hyperreiche einen mehrfach höheren Einfluss! Und Millionen frühere DDR-Bewohner fühlen sich zu recht benachteiligt, abgehängt und nicht gewürdigt

Sehr klar sind die Worte des Historikers Tony Judt, der schon vor gut zehn Jahren die durch neoliberale Politik wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die Schwächung des Sozialstaates geißelte (s. FR vom 6.9.24). Er sah sie als Gefahr für die Stabilität von Demokratien, da sie die sozialen Spannungen verschärfe und das Vertrauen in staatliche Institutionen untergrabe. Die soziale Ungleichheit hat sich seitdem in den meisten westlichen Ländern verstärkt, die Einkommensunterschiede zwischen den obersten Prozenten und dem Rest der Bevölkerung sind stetig stärker geworden. Der Sozialstaatsabbau ging häufig weiter, während Privatisierungen und Deregulierung zunahm. Da das an die Reichen abgeflossene Geld nicht angetastet wird, fehlen dem Staat die Finanzmittel. All dies entfremdet Teile der Bevölkerung von der Politik.

Verloren gegangen ist das Denken in Kategorien des Gemeinwohls, Werte wie Solidarität und soziale Verantwortung fehlen – das Fundament der demokratischen Gesellschaft ist gefährdet. Auch Stepan Hebel stellt fest, dass es nach 1990 zum Siegeszug eines globalisierten Turbo-Kapitalismus kam, verbunden mit ideologischer Verachtung für öffentliche Angelegenheiten und massiver Umverteilung des Reichtums nach oben – dazu der übermäßige Verbrauch der planetaren Ressourcen.

Ganz sicher ist nicht die Migration die „Mutter aller Probleme“

im Land – aber eventuell der Kapitalismus?

Winfried Kallabis, Dieburg

Verbitterung und erschüttertes Vertrauen

Der Erfolg der ausländerkritischen AfD gerade in den neuen Bundesländern hat viele Ursachen: Nach dem Ende der DDR versprach Kanzler Kohl „blühende Landschaften“, doch es kam als Folge der sozialistischen Misswirtschaft, deren Ausmaße in Ost und West niemand für möglich hielt, die Massenarbeitslosigkeit, was zu Verbitterung führte, das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform erschütterte und die Angst schürte, man würde den inzwischen mühsam errungenen Wohlstand wegen der Flüchtlinge wieder verlieren.

Die DDR-Bürger hatten wenig Erfahrung mit Ausländern. Es gab ja nur wenige „Vertragsarbeiter“ und die Sowjetsoldaten, die in Wohnheimen/Kasernen weggesperrt waren. Begegnungen mit der Ortsbevölkerung waren nicht erwünscht.

Unsere Regierungen erklären zu wenig, dass wir aus humanistischen wie juristischen Gründen Flüchtlinge aufnehmen müssen, und dass wir gesteuerte Zuwanderung brauchen. Was wären wir ohne ausländische Zimmermädchen/Erntehelfer/Pflegekräfte?

Fazit: Wir sollten die Sorgen/Verletzungen der AfD-Wähler ernstnehmen, geduldig argumentieren, niemanden moralisch aburteilen, zugleich kluge Wahlbündnisse aller Demokraten vor Ort bilden.

Christian Fuchs, Gutenstetten

Diskussion: frblog.de/wahlen-ost



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an: Bronski Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an: Bronski@fr.de oder Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240924

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“ mit Jürgen Hinzer, dem früheren Bundesstreikbeauftragten der Gewerkschaft NGG. **Sonntag, 29. September, 11 Uhr Naturfreundehaus, Am Poloplatz 15 Frankfurt**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. **Livestream: fr.de/hebelstunde Montag, 30. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ Mit dem Soziologen Klaus Dörre (Uni Jena), Philipp Türmer (Juso-Vorsitzender), Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzenden der Linken im Frankfurter Römer).. **Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Präsidentenwahl. Die USA haben gewählt“ mit Sarah Wagner (Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz, Rainer Rudolph (Münchner Sicherheitskonferenz) und dem Politikwissenschaftler Thomas Zittel (Goethe-Uni). **Mittwoch, 6. November, 19 Uhr Evangelische Akademie Römerberg 9, Frankfurt**

Blockieren fürs Profil

Ampelkoalition: „Bei Tariftreue auf Konfrontation“, FR-Wirtschaft v. 19.9.

Hier geht es weniger um Konfrontation beim Tariftreuegesetz als vielmehr um Profilierung. Die FDP spielt seit Beginn der Koalition Opposition in der Bundesregierung. Und das auf Kosten der Handlungsfähigkeit der eigenen Regierung, einer wachsender Politikverdrossenheit und politischer Radikalisierung.

Dass der kleine FDP-Koalitionär fast alle Gesetzesvorlagen vom Heizungsgesetz bis zum aktuellen Tariftreuegesetz in der letzten Entscheidungsphase blockiert, hat nur einen Grund. Das Bild/Image guter und nachhaltiger Politik in der Öffentlichkeit nicht den Koalitionspartnern Rot-Grün zu überlassen. Lindner, Wissing, Buschmann und Co glauben, dass Blockieren auch Profilieren bedeutet. Das Ergebnis mussten die Schein-Liberalen in den letzten Landtagswahlen hinnehmen; die Wähler stürzten sie ins Nirgendwo.

Matthias Rabbe, Köln

Schaden durch Cum-Ex beläuft sich auf Milliarden

Da streitet sich die „Ampelkoalition“ seit Wochen über ein Defizit von rund zwölf Milliarden Euro beim Haushalt 2025, dabei liegt die Lösung auf dem Tisch. Es muss durch gesetzliche Regelungen Steuerbetrug durch Cum-Ex-Geschäfte dringend vermieden werden. Die ehemalige Staatsanwältin Anne Brorhiller schätzt den Schaden zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf rund 28,5 Milliarden Euro. Gesetzliche Änderungen werden vor allem vom amtierenden Finanzminister Christian Lindner blockiert. Man könnte fast den Eindruck haben, er wolle die „FDP-Klientel“ schützen. Dieter Obst, Wiesbaden

Keine Lösung in Sicht

FR-Podium zu Migration: „Erzählungen schlagen Fakten“, FR-Politik v. 20.9.

Angela Merkel war 2015 der Meinung, dass wir es schaffen. Die bundesdeutsche Bevölkerung sieht es inzwischen anders, auch die der CD/SU. Die Vertreter der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ hätten rechtzeitig reagieren, besser agieren, sollen.

Die Diskussionsrunde wollte eine Lösung für den Migrationsdiskurs suchen. Wurde vorab geklärt, warum wir Bundesbürger und Bundesbürgerinnen Probleme mit der Migration haben, ist dies diskutiert worden?

Anscheinend hat die Diskussionsrunde auch keine Lösung anzubieten. Auf den Druck der Arbeitgeber wegen fehlender Arbeitskräfte zu setzen, ist nicht hilfreich. Ich bin jetzt gespannt, ob die Ampel noch Zeit findet, das Migrationsproblem zu lösen. Peter Baltzer, Weiterstadt

Merz redet schneller als er nachdenkt

Kanzlerkandidat von CDU/CSU: „Merz macht's“, FR-Politik vom 18.9., und: „Schluss mit der Panik“, FR-Meinung vom 21.9.

Man muss dem Mann ja nicht immer zuhören

Was von vielen erwartet, aber von nicht so vielen gewünscht wurde; ist geschehen: Der Rechtsanwalt Friedrich Merz ist Kanzlerkandidat!

Was bietet er uns (neben einem konservativen Blick zurück) überhaupt an, angesichts seiner verheerenden Diagnose des Standortes Deutschland? Zuerst einmal Schuldige: Hier Migranten (abgeschrieben von der AfD), dann faule Geringverdiener (abgeschrieben von der FDP), und preist sich als derjenige an, der es besser kann – hier allerdings weisen Wirtschaftssachverständige darauf hin, dass sein Programm zu einer Schwächung des Standortes führen würde und so auch nicht finanzierbar sei. Dafür wenig oder gar nichts über die marode Infrastruktur, Wohnungsnot oder Gesundheitspolitik.

Seine Worte mögen in den Aufsichtsräten und auch bei der INSM begeistert aufgenommen

werden, aber ist dieses Gerede für uns, den Geringstverdienern (verglichen mit Merzens Millioneneinkommen), die richtige Therapie?

Nun gut man muss ihm ja nicht immer zuhören, hier hilft auf jeden Fall die Stummtaste am Fernseher und dafür ein Blick in diverse Publikationen anderer.

Allerdings :Im neuen Bundestag werden ihm gegenüber zwei Damen sitzen Alice Weidel und Sarah Wagenknecht, beide ihm rhetorisch weit überlegen, letztere mit ihm zumindest pari in politisch geprägter Wirtschaft und übrigens bei all ihrer Emotionalität doch sehr kontrolliert, was man bei Merz nicht immer feststellen kann. Seine Hochgeschwindigkeitsrede überholt doch manchmal das Nachdenken. Rolf Früdiger Traub, Frankfurt

Verunsicherung macht anfällig für Populismus

Wieder einmal bin ich „begeistert“ über die Frankfurter Rundschau. Die FR ist für mich eine

der besten Tageszeitungen Deutschlands: informativ, politisch vielfältig und ausgewogen und zum Nachdenken anregend. Dies betrifft auch wieder die Wochenend-Ausgabe vom 21.9.

Der Appell von Hendrik Wüst an Herrn Merz korrespondiert hervorragend mit Pitt von Bebenburgs Aussage, dass „die Politik aus dem Panikmodus zurückzuholen“ ist. Deutsche Politiker sollten sich auch nicht an der Debattenkultur eines Donald Trump und anderen Populisten orientieren. Gleichzeitig wäre es wünschenswert – im Sinne von Herrn Wüst –, dass nicht alle politischen Kontroversen und Meinungsverschiedenheiten öffentlich ausgetragen werden. Gerade die vielen öffentlich geführten Debatten insbesondere auch der Ampelregierung verunsichern die Bevölkerung und treiben sie in die Arme von AfD und BSW, die auf alle Probleme scheinbar einfache, populistische Antworten haben. Leider versuchen auch einige Unionspolitiker, diesem Narrativ zu folgen.

Hilmar Froelich, Oldenburg